

Man abonniert bei allen Poststellen und Landpostböten; in Allensteig bei der Expedition.

Zusätze sind immer vom besten Erfolge begleitet und wird die Einrückungsgebühr stets auf das Billigste berechnet.

Berwendbare Beiträge werden dankbar angenommen und angemessen honoriert.

# Mus den Lannen.

Intelligenz- & Anzeige-Blatt  
von der oberen Nagold.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal und zwar: Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Der Abonnementspreis beträgt pro Vierteljahr: in Allensteig 90 Pf. im Oß.-Bezirk 85 Pf. außerhalb 1 R.

Inseratenaufgabe spätestens morg. 10 Uhr am Tage vor dem jeweiligen Erscheinen.

Nr. 143.

Allensteig, Donnerstag den 4. Dezember.

1884.

## Das Defizit im Reichs-Etat.

Ein Defizit im Reichs-Etat ist vorhanden, ob man dasselbe nun wie der Abg. Eugen Richter in die 40 Mill. Mark oder wie der Herr Staatssekretär auf 9 Millionen beziffert. Gedacht muß es auch werden, entweder indem man die Ausgaben vermindert oder die Einnahmen erhöht.

Nun hat sich diesmal die Regierung auf einen ganz eigenartigen Standpunkt gestellt; anstatt Vorschläge zu machen, in welcher Weise die Einnahmequellen reichlicher fließend gemacht werden können, überläßt sie die Sorge dem Reichstage. Die Thronrede beschränkt sich darauf, die Reform der Rübensteuer als in gegenwärtiger Geschäftsführung undurchführbar zu bezeichnen. Allerdings, es war bisher für die Regierung auch nicht ermutigend, alle ihre Steuervorschläge vom Reichstage abgewiesen zu sehen und daraus erklärt sich, wenn sie jetzt sagt: „Was wir wollen, das wollt ihr nicht; nun sagt einmal, was ihr wollt.“

Von vorn herein muß bemerkt werden, daß die Finanzlage des Reiches keineswegs eine irgendwie besorgniserregende ist. Defizite sind überall an der Tagesordnung; Frankreich, Oesterreich, Italien, Holland, Belgien — alle weisen ein Defizit auf und man erblickt nirgends darin etwas außerordentliches. Und die Deckung des Defizits ist auch in keinem Falle so zu denken, daß die Höhe desselben auf 45 Millionen angenommen, was gerade der Bevölkerungsziffer Deutschlands entspräche, nun ein jeder Steuerzahler in die Tasche zu greifen und soviel Mark zu zahlen hätte, als sein Hausstand Köpfe zählt. Also so schlimm steht es nicht; aber schlimm genug immer noch. Denn wenn das Defizit auch nur dazu führte, daß in Angriff genommene Staatsbauten verlangsamt, geplante hinausgeschoben würden, so fehlt so und so vielen Tausenden fleißiger Arbeiter, die dabei beschäftigt worden wären, das Brot, wovon sie sich ihre Arbeitsgelegenheit, — das ist das einzige Kapital des Arbeiters — vermindern.

Aus diesem Grunde wäre dringend zu wünschen, daß der Reichstag, wenn er auch unter dem Gesichtspunkt der größten Sparlichkeit den Etat behandelt, doch nicht bei solchen Posten Abstriche macht, die für notwendige Bauten gefordert werden. Ob sich beim Militär-Etat Abstriche machen lassen, das ist eine Frage von großer Bedeutung und sehr gewissenhaft zu erwägen. Es wäre durchaus verfehlt, wenn man diesem Etat mit der Stimmung entgegenzutreten wollte, die während des Wahlkampfes die herrschende war. Die Empfindung haben wir ja alle, daß da manches gespart werden könnte, in dessen mit Empfindungen macht man keine Politik. Diese darf nur von den nüchternsten und vorurteilsfreisten Erwägungen getragen werden und man muß auch stets im Auge behalten, daß die Regierung sehr wohl der Opposition die Angriffspunkte im Militäretat entziehen würde, wenn nach ihrer Ueberzeugung dieselben auszumerzen wären, ohne die Wehrfähigkeit Deutschlands in schlimmer Weise zu beeinflussen.

Die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten müssen erhöht werden; das steht fest. Denn was das Reich braucht und wozu seine eigenen Einnahmen nicht ausreichen, das müssen die Einzelstaaten nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung zuschießen. Wenn man diesen Zustand überhaupt als den normalen betrachtet, dann kann der Reichshaushalts-Etat überhaupt nie ein Defizit aufweisen. Wird mehr gebraucht, so müssen die Einzelstaaten mehr zahlen. Aber hier liegt

eben der Haken. Das Streben der Reichspolitik ist darauf gerichtet, daß das Reich so viele Einnahmen habe, um nicht nur seine eigenen Bedürfnisse zu decken, sondern noch den Einzelstaaten herauszuzahlen, damit diese Steuererleichterungen eintreten lassen können. Das ist das Ziel! Ob es auf dem bisher beschrittenen Wege zu erreichen ist, scheint mindestens zweifelhaft; es sieht wenigstens nicht darnach aus.

Bei der notwendigen Deckung des Defizits haben Reichsregierung und Reichstag diesmal die Rollen gewechselt. Jetzt wird der Reichstag Steuern vorschlagen und die einzelnen Parteien sind dazu auch schon bei der Arbeit. Im Grunde aber wird's auf eins herauskommen, ob wir neue oder erhöhte Steuern der Initiative der Regierung oder der des Reichstags zu danken haben werden.

## Deutscher Reichstag.

Am Montag beriet der Reichstag die Dampfersubventionsvorlage. Staatssekretär Stephan empfiehlt die Vorlage. Er erklärt, die neue Vorlage sei wesentlich verändert gegen die frühere; es stehen diesmal nicht postalische, sondern handelspolitische Interessen im Vordergrund. Die Befürwortungen der deutschen Kolonialpolitik fanden in den weitesten Kreisen der Nation jubelnden Beifall, es wurden deshalb auch afrikanische Verbindungen der Vorlage eingefügt. Bayern und Württemberg, obgleich an der kaiserlichen Post nicht beteiligt, seien aus nationalen, wie aus politischen Gründen bereit, zu den Kosten des neuen Unternehmens beizutragen. v. Hüne (Zentrum) spricht für Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. Marquardsen erklärt, daß die Nationalliberalen gerade wegen der ungünstigen Finanzlage nutzbringenden Anlagen zustimmen wollen; er wünscht aber ebenfalls eine Kommission von 21 Mitgliedern, wo die speziellen Fragen verhandelt werden sollen. Stiller-Lübeck (freisinnig) ist prinzipiell gegen das System der Subventionierung, weist auf die üblen Folgen für die Gesamthedei und auf die notwendige Steigerung der Subventionssumme hin und bestreitet auf Grund vieljähriger überseeischen Aufenthalts die Notwendigkeit der geplanten Linien. Der Mangel an Verkehrsmitteln sei nicht nachgewiesen. Die deutsche Hedei habe sich ohne Subvention selbstständig entwickelt und sei jeder Nation ebenbürtig. Graf Holstein (Kons.) plaidiert vom nationalen Gesichtspunkte aus für die Vorlage. Nach einer kurzen Bemerkung Caprioli's widerlegt Staatssekretär Stephan die Ausführungen Stillers. Er weist durch Zahlen nach, daß eine Hebung des deutschen Exports durch subventionierte Dampferlinien zu erwarten sei. Die Behauptung Stillers, daß die deutsche Privat-hedei dem vorhandenen Bedürfnisse genüge, werde durch die Konsularberichte widerlegt. Grad (Gläser) bringt die Vorlage in Verbindung mit der Wirtschaftspolitik und tritt für dieselbe ein. Wörmann (nat.-lib.) befürwortet die Vorlage; die jetzigen Verbindungen reichen nicht aus. Die Konkurrenz mit England müsse aufgenommen werden, Handel und Hedei werde Vorteil davon haben. Schließlich betont Redner besonders stark den nationalen und patriotischen Standpunkt, wobei er von der Linken wiederholt durch den Ruf: „Allgemeine Redensarten“ unterbrochen wird. Er wünscht eine Kommission, da Einzelheiten der Aenderung bedürfen. Graf Behr für die Vorlage. Bamberger: Wörmanns Rede habe oft Gehörtes enthalten. Die neue Vorlage sei eine Verbesserung der alten, weil sie ohne Rücksicht auf die sogenannte Kolonialpolitik behandelt werden könne; dennoch sei er

auch diesmal gegen die Vorlage, wiewohl er ein prinzipieller Gegner von Dampfersubventionen nicht sei, denn weder die Interessen der Hedei, was 1881 Wörmann selbst anerkannt habe, noch die des Exports würden durch die Vorlage gefördert. Es sei oft gefährlich, den Unternehmungsgestir zu anzuregen, wie die Kolonialkrisis in Holland zeige, und bedenklich, dem Beispiele anderer Länder zu folgen, denn Frankreich zahle für die Subvention nach China mehr, als sein Umsatz dahin betrage. Die geforderte Subvention sei eine Spekulation und Deutschland nicht in der Lage, etwas zu riskieren. Fürst Bismarck: Er werde zu einer Kolonialpolitik nicht mehr den Mut haben, wenn die Sonde, die er mit der Vorlage anlege, so zurückgewiesen werde, wie in der Samoafrage. Eine Kolonialpolitik sei nicht möglich, ohne eine nationale Mehrheit hinter der Regierung, eine Majorität, die unabhängig sei von Verstimmung und Gezänk der Parteien. Was man heute gegen die Prosperität der Dampferlinien vorgebracht, habe man seinerzeit auch gegen alle neue Eisenbahnen angeführt. Nach dem Maßstabe, den Bamberger anlege, hätte man keine Eisenbahnen bauen können. Werde die Vorlage abgelehnt, so habe er nicht den Mut, sie zu erneuern, es nütze ihn ja doch nichts, gegen Fraktionspolitik und Obstruktionspolitik anzukämpfen. Der Vorredner sehe pessimistisch, ein Defizit bestehe nicht, Industrie und Handel seien im Wachsen. Es werde sich fragen, wer die Obstruktionspolitik am längsten aushalte; wer aber Schuld trage würden die Wähler beurteilen. Gerlich (konservativ) spricht den Segnern der Vorlage den nationalen Sinn ab und nennt deren Verweisung auf die Finanzlage demagogische Taktik. Richter bestreitet, daß Bamberger vom Standpunkte der Fraktionspolitik gesprochen habe, seine Ausführungen seien rein sachlich gewesen. Der Kanzler brauche aber stets einen Angriff auf die Fraktionspolitik. Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr.

## Württembergischer Landtag.

Kammer der Abgeordneten.

29. November. (63. Sitzung.) Fortsetzung der Generaldebatte über das Gesetz betr. die Gemeindeangehörigkeit. Frhr. v. Varnbüler hat so viele Einwendungen gegen das Gesetz zu machen, daß er sich vorbehalten muß, event. gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Er wendet sich gegen das Liebäugeln der Kommission mit einer neuen Städteordnung. Das sei ein stolzer Name, aber man hätte alle Ursache, mit unseren Verhältnissen zufrieden zu sein, habe doch das letzte Schwarzwalddorf mehr Rechte und Freiheiten, als die Hauptstadt des deutschen Reichs. Redners Einwendungen richten sich zunächst gegen Art. 3, der die näheren Bestimmungen über die Erwerbung des Bürgerrechts durch Abstammung enthält. Dieser Artikel sei voll Widersprüchen und inhuman, er ziehe geradezu die Sozialdemokraten groß. Nie könne man einen Menschen von 25 Jahren vor die Alternative stellen, entweder in der Gemeinde in der er aufgewachsen, das Bürgerrecht zu erwerben oder seine Heimat zu verlassen. Redner auf der Tribüne schwer verständlich, kritisiert dann noch eine Reihe von Einzelbestimmungen des Gesetzes und meint, gegen das Bagabondentum biete das Gesetz keine Abhilfe. Sod ist gegen die Ansichten des Vorredners für die baldige Einbringung einer Städte- (Gemeinde-) Ordnung, durch dieselbe werde erst der Wert des durch das vorliegende Gesetz geschaffenen neuen Bürgerrechts lebensvoll gestaltet. Redner

tritt für eine neue Städteordnung ein im Interesse unserer größeren Städte, die jetzt nicht mehr Recht hätten, als das letzte Dorf und gibt sodann seinem Bedenken darüber Ausdruck, daß durch das vorliegende Gesetz die Beisitzer ihr Gemeinbewahlrecht verlieren sollen, wenn sie das Bürgerrecht nicht erwerben. Auch die Ausweisungsfraße sei in dem vorliegenden Gesetz nicht glücklich gelöst. Wohl vergleicht zur Armenunterstützungsfraße unsere Verhältnisse mit den französischen. v. Luz für baldige Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes, mit dessen Tendenzen er einverstanden ist, im Interesse der Abschaffung der bestehenden ungewissen Zustände in der Bürgerrechtsfrage und wegen der gegenwärtig in Kraft stehenden schroffen Ausweisungsvorschriften. Redner fürchtet nur, daß durch das vorliegende Gesetz den Beamten ihr Gemeinbewahlrecht genommen werde. v. Schlierholz für Eingehen in die Beratung des Entwurfs. Er hat nur Bedenken dagegen, daß den Frauen das Bürgerrecht versagt sein soll, schon deswegen, weil sie dadurch von gewissen Unterstützungen, Stipendien etc. ausgeschlossen sein würden. Ebner sieht in dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Vorlage zum Weiterbau der gesamten Gemeindeorganisation. Bedenken hat Redner nur, ebenso wie Göz dagegen, daß die Beisitzer von dem Gemeinbewahlrecht ausgeschlossen sein sollen, wenn sie nicht das Bürgerrecht erwerben. In ihm würden dadurch von 3970 Wählern 2120 ihr Gemeinbewahlrecht verlieren. Für Revision des Unterstützungswohnstättengesetzes und für baldige Einbringung einer Städteordnung. Untersee in gleichem Sinne. Er hätte auch gern in dem Gesetz einen Zusammenhang zwischen Bürgerrecht und Heimatrecht gesehen. Weiter nimmt Redner das Ministerium gegen die Angriffe Mohls von gestern in Schutz und polemisiert schließlich gegen v. Luz und v. Barnhäuser hinsichtlich der Frage des Gemeinbewahlrechts der Beamten, der Ausweisungs- u. Städteordnungsfrage. Deuter faßt die Hauptgesichtspunkte der Debatte nochmals kurz zusammen und legt auch seinerseits der Regierung die Einbringung einer neuen Städteordnung ans Herz. Minister v. Hölder konstatiert, daß außer Mohl sich niemand gegen die Beratung des Gesetzes ausgesprochen. Er behält sich vor, auf die einzelnen Einwendungen, die hier gegen das Gesetz gemacht worden sind, bei der Detailberatung einzugehen. Der Minister meint, es sei überflüssig, das Bürgerrecht der Frauen in dem Gesetz festzustellen und spricht schließlich dem Abg. Untersee seinen Dank für dessen Verteidigung seines (des Ministers) Standpunktes gegen Mohl aus. Wenn Ebner die Revisionsfrage des Unterstützungswohnstättengesetzes so auffasse, daß er meine, die Regierung solle beim Bundesrat für die Revision eintreten, so würden hiergegen politische und praktische Bedenken sprechen. Nachdem v. Bizer noch eine kurze Bemerkung betreffs der Revision des Unterstützungswohnstättengesetzes gemacht, vertagte sich das Haus bis Montag.

## Landesnachrichten.

\* **Altensteig, 2. Dez.** Am letzten Sonntag war der Ehrentag der Württemberger in dem großen blutigen Kampfe von 1870/71 zwischen Deutschland und Frankreich, der uns Deutschlands Größe und Machtstellung gebracht. An diesem Tage stand ein kleines Häuflein Württemberger von nur wenigen Tausend Mann einer ganzen großen französischen Armee von mehr als 50 000 Mann, welche überdies noch die gewaltigen Festungswerke von Paris hinter sich hatten, bei Champigny und Coulmly gegenüber und verteidigte standhaft und vor der mehr als 10fachen Uebermacht des Feindes ungebrochen den von den Deutschen hier am schwächsten gelassenen Belagerungsgürtel, ließ aber trotzdem die Franzosen nicht durch, sondern behauptete fest auf allen Punkten die deutsche Stellung und warf nach 1tägigem Waffensstillstand und nach erlangter Verstärkung am 2. Dezbr., dem zweiten Ehrentag der Württemberger, die Franzosen wieder nach Paris zurück. — Die Erinnerung an diese denkwürdigen Tage in geselliger Vereinigung zu begehen, fanden sich am Montag abend im Gasthaus zur „Blume“ der Kriegerverein und der Biederkrantz ein und es zeigte die zahlreiche Beteiligung, daß die Bewunderung jener schwäbischen Waffenerfolge hier noch eine allgemeine ist. Hr. Schullehrer Schittenhelm hielt eine warme patriotische Ansprache und toastierte hiebei auf den Deutschen Kaiser und die treuen Schwaben. Hr. Kriegervereinsvorstand Schuller erinnerte an die auf dem Schlachtfelde gefallenen tapferen Krieger und forderte auf, sich zu Ehren derselben von den Sizen zu erheben. Bei fleißigen Vorträgen ansprechender Gesänge seitens des Biederkrantzes verlief der Abend in gehobener Stimmung und angenehmer Harmonie.

\* **Vom Lande, 1. Dez.** Ueber den Hagelschaden des Jahres 1884 in Württemberg veröffentlicht Inspektor Steffelin von der Magdeburger Hagel-Vers.-Ges. in der Aff.-Tr. folgende Ziffern: das erste Hagelwetter trat am 14. Mat auf und beschädigte hauptsächlich das Brezthal im Oberamt Heidenheim, das letzte Hagelwetter hatten wir am 3. September in Glems, D.-A. Urach; die Hagelperiode dauerte also 113 Tage. Während dieser Zeit hatten wir 23 Hageltage, an welchen 46 D.-A. mit 149 Gemeindegemarkungen von Hagel getroffen worden sind. Der ermittelte Schaden beträgt in den am schwersten heimgesuchten Markungen zul. 1419428 M.; so z. B. im D.-A. Balingen: in Balingen 137,096 M., in Gdingen 48,996 M., in Engstlatt 57,627 M., in Erzingen 48,023 M., in Geislingen 10,308 M., in Osdorf 48,150 M. Dessenungeachtet dürfte der Gesamt-Schaden in Württemberg 2 Millionen kaum übersteigen, da zum Glück schwere Schäden nur sehr vereinzelt vorkamen.

\* **Stuttgart, 1. Dez.** In den Erläuterungen zu der Etatsforderung für den

württ. Generalkab finden wir über einen Mehrbedarf von 4600 Mark eine Notiz, die von allgemeinem Interesse ist. Nachdem als notwendig anerkannt worden war, von dem Gesamtgebiete des deutschen Reiches eine einheitliche Karte im Maßstabe von 1 : 100,000 herzustellen und in Kupferstich auszuführen, haben die Staaten Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg die Bearbeitung der einzelnen Blätter, jeder für sein Gebiet, übernommen. Für Württemberg wurde ein Kostenaufwand von 150,000 Mark berechnet und für die Ausführung der Kartenarbeiten zwölf Jahre in Aussicht genommen, so daß sich für jedes Jahr eine Ausgabe von 12,500 Mark ergab, die zuerst für das Etatsjahr 1879/80 bewilligt wurde. Die Kartenarbeiten wurden noch im Jahre 1879 durch das Stuttgarter statistisch-topographische Bureau begonnen. Es hat sich aber ergeben, daß die Terrainrevisionen einen weit größeren Zeit- und Geldeaufwand notwendig machen; außerdem gelang die in Aussicht genommene Gewinnung von tüchtigen Topographen und Kupferstechern trotz aller Bemühungen nicht, und mußte deshalb nicht nur erst eine längere Zeit auf die Ausbildung des Personals, namentlich der Kupferstecher im Terrainstich, verwendet, sondern auch die Zahl derselben erhöht werden. Die erforderlichen Kosten werden sich vom 1. April 1885 ab noch auf 118,100 Mark, d. h. 113,100 Mark mehr belaufen und für die Fertigstellung noch 11 Jahre (5 Jahre mehr) erforderlich sein. Die Kosten für die neue topographische Aufnahme des deutschen Reiches stellen sich danach außerordentlich hoch.

\* An der namentl. Abstimmung des Reichstags über den Diätenantrag am 26. Nov. (angenommen mit 180 gegen 99 Stimmen) haben sich von den württembergischen Abgeordneten 12 beteiligt; davon 10 mit Ja: Graf Avelmann, Härle, Benz, Mayer, Erbgr. z. Reipberg, Bayer, Schott, Schwarz, Ih, Beiel; 2 mit Nein: Beemann, Stälin. 5 fehlten: v. Fischer, v. D., Graf Waldburg-Zeil, v. Wöllwarth (diese heurl.), v. Neurath (entsch.)

\* **Tübingen, 29. Nov.** Gestern fand im Löwenaal eine zahlreich besuchte Versammlung der deutschen Partei statt, in welcher Prof. D. G. imer mitteilte, daß letzten Mittwoch eine Eingabe an den Reichstag abgegangen sei, welche die Anfechtung der Reichstagswahl des Herrn Bayer enthalte. Es sei erwiesen, daß an verschiedenen Orten Pressungen, Bestechungen und andere geschwindige Mittel angewendet worden seien. Die Ungültigkeitserklärung der Wahl sei sicher zu erwarten, da Bayer bloß 43 St. über die absolute Mehrheit habe und von diesen 11 beanstandet werden.

\* Nachstehend die Abschrift eines ausgestellten Arbeitszeugnisses, das der Kuriosität halber veröffentlicht zu werden verdient. Es lautet wörtlich: „Zeugnis. Anton Baumann von Rimbachhofen, O.A. Lettnang, stand bei dem

## Ein Schatten.

Novelle von Ludwig Habicht.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Es ist einem Gastwirt stets doppelt unangenehm, eine Leiche in seinem Hause zu haben. Kreuzschmidt wollte daher den Leichnam des Fremden nach der Leichenhalle schaffen lassen. Als nach Erledigung der Formalitäten die Träger kamen, langte mit ihnen zugleich eine junge Reisende an, deren Züge zwar tiefen Schmerz, aber auch jene feste Entschlossenheit ausdrückten, welche Unglücksfälle oftmals in selbst schwachen Gemütern hervorzurufen pflegen.

Die Angewandene stellte sich dem Wärenwirt als die Tochter des plötzlich Verstorbenen vor und überreichte sogleich die zu ihrer Legitimation nötigen Papiere. Sie schien damit allen Einwendungen und möglichen Umständlichkeiten begegnen zu wollen und heftete ihren Blick fest auf den Wirt.

Dieser schien im ersten Moment eine gewisse, unangenehme Ueberaschung nur mit Mühe zu unterdrücken.

Die Augen des jungen Mädchens bligten über die vierschrötige Gestalt und das unregelmäßige derbe Gesicht des Wärenwirtes hinweg, der sich der Fremden finster und trotzig gegenüberstellte und sich nicht einmal die geringste Mühe gab, sein gewohntes, freundliches Wirklächeln hervorzukramen; der breite Mund zeigte sich vielmehr fest geschlossen.

Ihren Blick vermochte er freilich nicht auszuhalten, denn er senkte seine Augen sofort zu Boden, aber diese Schwäche war ja an ihm bekannt. Dem jungen Mädchen dagegen erschien dies Benehmen sonderbar — sie konnte sich ohnehin einer tiefen Abneigung vor diesem Mann nicht erwehren; selbst wenn er ihr jetzt nicht so rückwärtslos entgegenge-

treten wäre, würde sie doch auf der Stelle den tiefsten Widerwillen gegen ihn gefaßt haben. Sie tauschte sich wohl nicht, wenn sie ihn für einen rohen, äußerst habfüchtigen Menschen hielt.

„Sorgen Sie für ein anständiges Begräbniß. Ich werde alles bezahlen, mag es kosten, was es wolle; lassen sie den kostbarsten Sarg herbeischaffen, der in der Stadt aufzutreiben ist.“

Die Fremde hatte im ganz bestimmten, fast befehlenden Tone gesprochen.

Was bildet sich diese Juwelierstöchter nur ein! Trat sie doch so gebieterisch auf, als ob sie eine Prinzessin sei und der Wärenwirt war von diesem Benehmen ganz empört:

„Sie können mir das gar nicht bezahlen“, sagte er trotzig, „ich will die Leiche aus dem Hause haben und basta. Schafft sie nur fort!“ wendete er sich zu den Trägern.

„Nicht von der Stelle!“ rief das junge Mädchen und der energische Ausdruck in ihrem Anlitze trat noch schärfer hervor. „Mein Vater ist plötzlich in diesem Gasthose gestorben, sein Tod ist noch nicht einmal völlig aufgeklärt und der Wirt ist deshalb verpflichtet der Leiche einen Platz zu gewähren, bis die Beerdigung erfolgen kann, und dies wird nicht eher geschehen, bis durch eine Obduktion die Todesursache meines Vaters festgestellt worden.“

„Das ist schon geschehen“, eiferte der Wärenwirt. „Der Herr Kreisphysikus hat alles attestiert. Ein Schlagfluß. Er hat es gleich gesagt, denn unser Herr Kreisphysikus.“

„Ist die Leiche sezirt worden?“ unterbrach ihn die Fremde.

„Wo zu? Das war nicht nötig. Wie Ihr Vater damals mit der Post ankam, da sah ihn der Kreisphysikus vom Fenster aus und prophezeite: den rührt noch einmal der Schlag und es ist merkwürdig

Unterzeichneten eine Viertelstunde in Arbeit und hat sich in dieser Zeit gut betragen, wofür be-  
scheint Steinberg, den 18. Novbr. 1884.  
Bäckermeister Müller."

\* (Verschiedenes.) In der Nähe des  
Bahnhofs Gmünd wurde Pfarrer Kössler von  
Sct. Salvator bei Gmünd am 28. v. Mts.  
durch den 6 Uhr 19 Minuten von Gmünd ab-  
gehenden Personenzug 50 unfern eines Weg-  
übergangs erfaßt und getödtet. — In Ehingen  
wurde der gefährliche Dieb und Einbrecher J.  
Mißel von Steiten, welcher vor mehreren Mo-  
naten dort entpungen war und seither Dieber-  
trieb, wieder gefesselt eingebracht. — Von  
Schramberg wird berichtet: Welch verkom-  
mene Subjekte es unter unserer Jugend gibt,  
davon hat ein kaum 19 Jahre alter Bürche  
Namens Josef Blattner von Wolfach Zeugnis  
abgelegt. Er entfernte sich von Hause in der  
(später unumwunden einbekannt) Absicht, sich  
an der ersten besten Frauensperson zu vergreifen,  
die des Weges komme. Er brauchte auch nicht  
lange zu warten, so kam ein lebiges Mädchen  
um fertige Strohwaren in einer Fabrik zu  
Schramberg abzuliefern. Dieses nichts ahnende  
Mädchen fiel nun der Unhold an und mißhandelte  
es, als es sich widersehte, durch Faust-Schläge  
und Streiche mit einem unter seiner Kleidung  
verborgen gehaltenen Todtschläger, so daß es sich  
nur mit Mühe den Händen des Strolches ent-  
reißen und mit nicht unbedeutenden Verletzungen  
flüchten konnte. Der hiesige Gendarm fand als-  
bald die Spur des Verbrechers, welcher dann  
auch dem Stadtschultheißenamt vorgeführt wurde,  
wo er alles eingestand. — Im Dürrwanger  
Walde wurde ein 40jähriger Bürger von dort,  
als derselbe mit Holzfällen beschäftigt war, von  
einer niederfallenden Tanne erfaßt und sofort  
getödtet. — In Bezenweiler schenken die an  
einen leeren Wagen gespannten Pferde eines  
Mehrgers außerhalb des Orts und sprangen in  
rasendem Galopp in den Ort. Dort kam ihnen  
eine 80jährige Frau in den Weg und wurde  
von dem im gleichen Augenblicke umstürzenden  
Wagen derartig getroffen, daß sie auf der Stelle  
getödtet wurde. — In Geislingen hat sich  
der Oberwerkführer K. der württ. Metallwaren-  
Fabrik am letzten Mittwoch abend heimlich ent-  
fernt, nachdem er gesehen hatte, daß man Ver-  
untreuungen, denen er sich schuldig gemacht hatte,  
auf die Spur gekommen war. — In Jagst-  
heim (Güwangen) wurden vorletzten Sonntag  
dem Tagelöhner Schmidt auf dem Bahnhof sämt-  
liche Zehen des rechten Fußes abgefahren. Der-  
selbe ist nun infolge dieser Verletzung an Blut-  
vergiftung gestorben.

#### Deutsches Reich.

— Der deutsche Verein gegen den Miß-  
brauch geistiger Getränke hat nun seinen ersten  
Schritt zur hauptsächlich Besserung der Zu-  
stände gethan, indem er beim Bundesrat und  
Reichstag die Reform der Schank-Gesetzgebung  
beantragt. Er legte ihnen dafür eine Art Pro-

eingetroffen. Ja, einen so geschickten Arzt wie unsern alten Doktor  
soll man erst suchen!"

Kreuzschmidt hatte sehr eifrig gesprochen, ohne dabei das junge  
Mädchen anzusehen; die letzten Worte richtete er schon wieder an die  
Träger, als wolle er ihre Zustimmung herausfordern.

Auf die Tochter des Verstorbenen machte das Benehmen des Wirtes  
den widerwärtigsten Eindruck. Sie besah eine außerordentliche Be-  
obachtungsgabe und das Auftreten dieses Menschen erschien ihr eigen-  
tümlich. Trotzdem er eine derbe Rücksichtslosigkeit zur Schau trug,  
glaube sie doch zu bemerken, daß er damit nur eine innere Unsicherheit  
zu verbergen suche. Auch war ihr nicht ein schwaches, scheues Aufzucken  
entgangen, als sie von einer Obduktion gesprochen. Und warum bestand  
er auf einer sofortigen Beerdigung, während ihm eine Verzögerung  
derselben nur den reichlichsten Gewinn bringen mußte?!

Bergeblisch suchte sie einen Verdacht zu bekämpfen, der in ihr auf-  
stieg und für den sie vorläufig keinen anderen Anhaltspunkt hatte, als  
dunkles Empfinden. Durfte sie sich wirklich davon leiten lassen und  
hatte es nicht die größten Gefahren? Wie oft war durch einen solchen  
dunklen Verdacht um einen Unschuldigen ein Netz geschlungen worden,  
das durch eigentümliches Zusammentreffen von Umständen immer ver-  
hängnisvoller wurde.

Agnes Herzberg besah einen zu klaren Kopf, um sich nicht das  
alles augenblicklich selbst zu sagen und doch wurde sie die Gedanken  
nicht los, die einmal blitzartig durch ihr Hirn gezuckt.

"Ich werde trotzdem darauf beharren und dem Gerichte sofort  
Anzeige machen!" Sie behielt dabei den Gastwirt scharf im Auge und  
wieder wollte sie in seinem Gesicht eine aufsteigende Unruhe bemerken,  
die er nur mühsam unterdrücken konnte.

gramm vor, dessen Haupttendenz Verminderung  
der über alles Maß hinaus vermehrten Gelegen-  
heiten und Versuchungen zum Schnapstrinken  
ist. Die Zahl der Schnaps vertreibenden Wirt-  
schaften und Läden soll zu der Einwohnermenge  
der Gemeinden in ein festes Verhältnis gebracht  
werden, indem das Reich eine höchste Verhält-  
nisziffer festsetzt, innerhab deren die Staaten  
und preussischen Provinzen die Schranke noch  
enger ziehen mögen.

\* Eine internationale Konferenz zur Regel-  
ung der Rheinlachserei wird am nächsten  
Mittwoch ihre Sitzungen in Berlin beginnen.  
Die Bevollmächtigten Deutschlands, Hollands  
und der Schweiz werden von technischen Bei-  
räten bei diesen Beratungen unterstützt, welche  
die Grundlagen zu einer rationellen Schonung  
des Rheinlachs liefern sollen.

\* Fräulein Martha H. in München, eine  
schmucke 18jährige Blondine stand vor dem  
Schöffengericht unter der Anklage des Haus-  
friedensbruchs. Sie hatte nämlich ihren Bräuti-  
gam, um ihn von den Wirtshäusern zu karieren,  
aus der Kneipstube getragen, dabei hat sie sich nicht  
nur des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht,  
sondern auch noch der Wirtin einen Schlag auf  
die Wange gegeben, um sie zu erinnern, daß sie  
ihrem Paul künftig keinen Tropfen mehr ein-  
schänken solle. Auf die Frage des Richters, ob  
es ihr gelungen sei, ihren Bräutigam zu einem  
soliden Lebenswandel zu bekehren, antwortete  
Fräulein Martha: Ich denke wohl. Und wenn  
noch etwas in ihm stecken geblieben sein sollte,  
so will ich's ihm schon austreiben. Was denken  
Sie denn! Wenn man schon einem Bräutigam  
das Kneipen durchgehen lassen wollte, was sollte  
denn daraus werden, wenn er erst Ehemann ist.  
Mein Paul hat sich die Lehre gemerkt." 20 M.  
erhielt die resolute Braut als Strafe.

\* (Ein Münchener Rechtsanwalt) wurde  
dieser Tage wegen dringenden Verdachtes der  
Urkundenfälschung in Haft genommen, nach fünf-  
stündiger Haft aber gegen Kaution von 2000 M.  
wieder entlassen. Die Urkundenfälschung soll  
darin bestehen, daß der Rechtsanwalt — ledig-  
lich zu Gunsten seines Klienten — in einem Arrest-  
befehl die Worte „auf den Markt zu treibende“  
eigenhändig umänderte in die Worte „auf dem  
Markt befindliche.“

\* Die überseeische Auswanderung deutscher  
Untertanen über deutsche Häfen und Antwerpen  
betrug in der Zeit vom Anfang Januar bis  
Ende Oktober 1884 135,090 Personen, d. i.  
18,304 Personen weniger als im gleichen Zeit-  
raum des Vorjahres.

#### Ausland.

\* Paris. Auf dem Schlachtfelde von  
Champigny wurde am Sonntag eine patriotische  
Kundgebung gemacht, wobei der Kriegsminister  
durch zwei Obersten und der Minister des Innern  
durch den Seinepräsidenten, der einen Abgeordneten  
geschickt hatte, vertreten waren. Etwa 20,000  
Patrioten hatten sich eingeunden. Deroulede

hielt die große Rede, in der er den Kampf ge-  
gen Deutschland predigte. An der üblichen Be-  
geisterung fehlte es nicht.

\* Stuttgart, 1. Dezember. (Landes-  
produktionsbörse.) Wieder ist eine Woche ver-  
strichen, es ist vollständig Winter geworden;  
die Flußschiffahrt ist vollständig geschlossen,  
aber auf dem Waizenmarkt hat sich nichts ver-  
ändert. Die bisherigen Preise haben sich er-  
halten, weil sie kaum noch tiefer gehen können,  
aber von einem kräftigen Aufschwung des Lan-  
des ist nirgends auch nur ein Anfang zu sehen,  
und wird es wohl noch länger dauern, bis wir  
von einem solchen berichten können. Gute Gerste  
ist gefragt und hält volle Preise. Der allge-  
meinen Lage entsprechend vertief auch unsere  
heutige Börse, der Besuch war normal aber das  
Geschäft sehr geringfügig.

Wir notieren per 100 Kilogr.:

Waizen niederbayer.	17 M. 50 bis 18 M. 75
do. russ. Sax.	18 M. 35 bis 18 M. 50
Kernen	17 M. 50 bis 18 M. —
Gerste bayer.	17 M. — bis — M. —
Haber	13 M. 60 bis 14 M. —

\* Stuttgart, 1. Dezbr. (Mehl Börse.)  
Der Mehlmarkt am hiesigen Plage ist, was  
die Preise anbelangt ziemlich fest, der Absatz  
ist jedoch immer sehr erschwert. Na heutiger  
Börse sind von inländischen Mehlen 1775 Sack  
als verkauft zur Anzeige gekommen zu folgen-  
den Preisen: per Sack von 100 Kilogramma,  
Brutto für Netto, bei Abnahme größerer Posten:

Nr. 0	30 M. — bis 31 M. 50
Nr. 1	28 M. — bis 29 M. 50
Nr. 2	26 M. — bis 27 M. 50
Nr. 3	24 M. — bis 25 M. 50
Nr. 4	19 M. — bis 21 M. —

Heilbronn, 2. Dez. (Börsenmarkt.) Die  
Zufuhren waren, vermuthlich wegen des un-  
günstigen Trockenwetters nicht ganz so be-  
deutend als sonst. Der Verkauf ist ziemlich  
lebhaft und namentlich nach bessere Sorten  
gefragt.

\* Beilstein, 29. Nov. Die hohen  
Biehpreise bei dem letzten Viehmarkt in Mar-  
bach haben sich auch auf dem gestern hier ab-  
gehaltenen Marke festgehalten. Der Handel  
ging äußerst lebhaft; die Nachfrage nach  
fleischigem Vieh war besonders stark, ebenso war  
auch in jungem Vieh bei hohen Preisen starke  
Kauflust vorhanden.

#### Viktualienpreise

auf dem Wochenmarkt in Altensteig am 3. Dez.  
1/2 Kilo Butter . . . . . 72 und 75 Pfg.  
2 Eier . . . . . 14 Pfg.

\* (Naiv.) In einer der Hauslisten, welche  
kürzlich in Berlin zum Zwecke der Fest-  
stellung der Klassen- bzw. Einkommensteuer  
zirkulierten, hat eine Nähterin in die Rubrik  
Stand, Gewerbe oder Charakter" das Wort:  
„Sanftmüthig" eingetragen.

Zu: die Redaktion verantwortlich: W. Niefer, Altensteig

"Ist ja alles schon geschehen!" murrte Kreuzschmidt, „mir übrigens  
ganz gleichgültig“, setzte er nach einer kurzen Pause hinzu und stieß ein  
kurzes, brutales Lachen aus. „Die Leiche ist schon zu alt, sie muß end-  
lich auf den Kirchhof: der Kreisphysikus hat es ausdrücklich bestimmt  
und nun sackelt keine Minute länger, schleppi ihn nur hinaus, ich hab'  
hier ganz allein zu befehlen.“

Die Träger wollten schon seinem Geheiß nachkommen, aber Agnes  
hinderte sie daran. Ihre Augen blitzten, ihre hohe schlanke Gestalt  
richtete sich noch imponirender auf. „Und ich befehle Ihnen, so lange  
zu warten, bis ich die nötigen Anordnungen getroffen habe;“ dann  
wandte sie sich ohne Weiteres zu dem Wirt. „Führen Sie mich  
in das Sterbezimmer und erzählen Sie mir, wie mein Vater ver-  
schieden ist.“

„Ich kann es noch immer nicht fassen und der Polizeibericht, den  
ich erhielt, war von grausamer Kürze.“

Das ganze Auftreten der jungen Dame hatte etwas so Zwingendes,  
daß die Träger augenblicklich ihrem Befehl gehorchten und sich langsam  
zurückzogen.

Kreuzschmidt dagegen ließ sich nicht sogleich einschüchtern; je  
energischer sich das junge Mädchen zeigte, desto mehr fühlte er sich ge-  
nötigt, die rauhe Seite herauszulehren. Das fiel ihm ohnehin nicht  
schwer. Wo es sein Interesse zu erheischen schien, war er freilich von  
einer kriechenden Höflichkeit, aber der Grundton seines Wesens zeigte ent-  
schieden zur rücksichtslosen Grobheit, und die Tochter des Verstorbenen  
hatte ihn schon genug geärgert; ihr gegenüber hielt er sich nicht verpflichtet,  
den artigen Wirt zu spielen.

(Fortsetzung folgt.)

